

Kanzler streicht de-facto studentische Aushilfen in der Universitätsverwaltung

In seinem Rundschreiben vom 29. November 2023 informierte der Kanzler der Universität Jena die Hochschulverwaltung darüber, dass für die Einstellung und Beschäftigung tarifbeschäftigter studentischer Aushilfen in der Verwaltung künftig ein neues Verfahren gilt. Sie dürfen nur noch aus vorhandenen Stellen der jeweiligen Verwaltungseinheit finanziert werden. Allerdings ist es außer für die ThULB und das URZ nicht vorgesehen, dass die nötigen Stellen geschaffen werden. Die Verwaltung kann daher ab dem 1. Januar 2024 keine studentischen Aushilfen mehr einstellen.

Diese Entscheidung sorgt unter den Kolleg:innen aus mehreren Gründen für Unmut:

- Zahlreiche Verwaltungseinheiten, beispielsweise des Dezernats 1 „Studierende“, oder das Internationale Büro können ohne studentische Aushilfen in bestimmten arbeitsintensiven Phasen nicht mehr alle Aufgaben erfüllen. Die festen Kolleg:innen werden sich überarbeiten müssen und trotzdem werden sie den Ansprüchen nicht gerecht werden können.
- Die betroffenen Verwaltungseinheiten wurden vorher nicht angehört und nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen. Mit dem Schreiben hat der Kanzler sie vor vollendete Tatsachen gestellt.
- Für die studentischen Kolleg:innen bedeutet dies den Verlust ihrer Arbeit. Teils muss nun Kolleg:innen abgesagt werden, die bereits eine mündliche Zusage für eine Weiterbeschäftigung hatten und für die bereits ein Antrag gestellt worden war.

Als Bündnis gegen den Stellenabbau fällt es uns schwer, diese Entscheidung nicht auch vor dem Hintergrund des weitreichenden Sparzwangs und Personalabbaus an unserer Universität zu sehen. Wir fragen uns, ob der Kanzler über diese Maßnahme nicht nur versucht, „einen einheitlichen Beschäftigungsrahmen zu schaffen“, wie es im Rundschreiben heißt, sondern auch auf Kosten des Personals Geld zu sparen.

Wir fordern den Kanzler der Universität Jena nachdrücklich dazu auf, die Entscheidung zurückzunehmen und die weitere Beschäftigung von studentischen Aushilfen in der Universitätsverwaltung zu ermöglichen.